



WIESBADEN



Der Vorsitzende des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und
Integration

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiterin: Astrid Koba

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, 22.09.2011

ACHTUNG - GEÄNDERTER SITZUNGSORT!!

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 27. September 2011, um 17:00 Uhr,
Omar Ibnulkatab Moschee, Henkellstraße 8, 65187 Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. Vorstellung der Arbeit des Moschee Vereins
2. Genehmigung der Niederschrift

NEUE ANTRÄGE

3. **11-F-33-0029**

Präventionsprogramme der Landeshauptstadt Wiesbaden

- gem. Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 19.09.2011 -

Die verschiedenen Präventionsprogramme der Landeshauptstadt Wiesbaden bilden eine wesentliche Säule der der Kriminalitätsbekämpfung. In Ergänzung zur polizeilichen Strafverfolgung bieten sie die Möglichkeit, Straftaten vorzubeugen und so die vielfachen negativen sozialen, gesellschaftlichen und finanziellen Folgen von Kriminalität zu minimieren.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

1. welche Projekte und Maßnahmen es im Bereich der Kriminalprävention in Wiesbaden gibt,
2. mit welchen finanziellen Beiträgen der LH Wiesbaden diese Projekte und Maßnahmen gefördert werden,
3. wie und in welcher Häufigkeit diese Projekte und Maßnahmen in die Öffentlichkeit getragen wurden,
4. wie sich diese Programme künftig entwickeln werden,
5. auf welche Resonanz und Akzeptanz sie in der Bevölkerung stoßen und
6. ob in naher Zukunft weitere präventive Projekte und Maßnahmen angedacht sind.

4. 11-F-08-0044

Beteiligung der Ortsbeiräte
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 20.09.2011 -

Die Beteiligung des Ortsbeirats bei allen wichtigen Angelegenheiten ist gesetzlich zwingend vorgeschrieben (§ 82 HGO).

Die städtischen Beteiligungsrichtlinien Ortsbeiräte (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 538 vom 17.11.1988) enthalten eine Übersicht über wichtige Angelegenheiten des Ortsbezirks, bei denen der Ortsbeirat zu beteiligen ist. Unter den 31 genannten sind mehrere Punkte, die sich auf „Arbeiten zur Unterhaltung und Instandsetzung an Grundstücken, baulichen Anlagen, Straßen, Plätzen und Grünanlagen“ sowie „Investitionsplanungen“ beziehen.

Nach den Grundsatzplanungen sind auch die Ausführungsplanungen von ganz erheblicher Bedeutung für die Zielerreichung zum Nutzen der Bürgerschaft im Ortsbezirk. Die Kompetenz des Ortsbeirates ist hierbei ein Faktor, der unbedingt für die angestrebte Zielerreichung genutzt werden sollte.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Auch die Ausführungsplanungen für gestalterische und bauliche Maßnahmen sind dem jeweiligen Ortsbeirat v o r Beschlussfassung im Magistrat zur Beratung und Stellungnahme vorzulegen.

5. 11-F-33-0030

Elternbeiräte
- gem. Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 15.09.2011 -

In Frankfurt am Main startet der Stadteltererbeirat zum Schuljahresbeginn - in Kooperation mit der dortigen Dezernentin für Integration - eine Kampagne mit dem Namen **Eltern wählen Eltern - Ihre Stimme für ihre Kinder. Denn: Starke Elternbeiräte - Starke Schulen!**

Die Eltern werden aufgerufen sich für die ehrenamtliche Elternarbeit an ihren Schulen stärker zu beteiligen. Dieser Aufruf wendet sich - insbesondere mit Blick auf die Neuwahl zum Stadtelternbeirat im Januar 2012 - auch und besonders an Eltern mit Migrationshintergrund.

Ergänzend zu dem Aufruf werden sich im ersten Schulhalbjahr Vortrags- und Informationsveranstaltungen darauf konzentrieren, die Elternschaft umfassend sowohl über die formale Elternarbeit in Beiräten und Schulkonferenzen zu informieren und die ehrenamtliche Elternarbeit in Schule an praktischen Beispielen, anschaulich darzustellen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, eine solche Kampagne für das Schuljahr 2012/2013 auch in Wiesbaden einvernehmlich mit dem Stadtelternbeirat und dem Ausländerbeirat aufzulegen.

ÜBERWIESENE ANTRÄGE AUS DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG

6. 11-F-08-0030

Mehr Transparenz & barrierefreie Teilhabe an der kommunalen Demokratie durch Rathaus-TV
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion LINKE&PIRATEN vom 23.08.2011 -

ANLAGE

7. 11-F-03-0061

Mehr Transparenz und barrierefreie Teilhabe an der kommunalen Demokratie durch Rathaus TV
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2011 -

ANLAGE

SITZUNGSVORLAGEN

8. 11-V-33-0003

DL 16/11-7

Fördermittelvergabe durch den Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden

ANLAGE

9. 11-V-10-0019

DL 24/11-1

Verfahrensweise bei Stadtteilpartnerschaften

10. Bericht der Dezernentin

11. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spallek
Vorsitzender